

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags
an letztem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt
„Plauderhühnchen“ und „Allgemeine Winzer-Zeitung“.

Anzeiger für Eltville-Oestrich

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.20
= (ohne Trägerlohn oder Postgebühr.)
Insertionspreis pro sechsspaltige Petitzeile 15 Pfg.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Eltville und Oestrich.

Druck und Verlag von Adam Estienne in Oestrich und Eltville.
Fernsprecher No. 88

Grösste Abonnentenzahl in der
Stadt Eltville und Umgebung.

No 9

Donnerstag, den 20. Januar 1916

67. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Mit dem Beginne des 15. Januar 1916 ist alles im Reiche vorhandene Saatgetreide, soweit es aus der Reichslandnahme nach der Verordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl, aus dem Erntejahre 1915 vom 28. Juni 1915 (Reichsgesetzblatt Seite 269) freigegeben worden ist, für den Kommunalverband beschlagnahmt, in dessen Bezirk es sich befindet. Saatgetreide, das sich zu diesem Zeitpunkt auf dem Transport befindet, wird für den Kommunalverband beschlagnahmt, in dessen Bezirk es nach beendeter Transport abgeliefert wird.

Für das hiernach beschlagnahmte Saatgetreide gelten die Vorschriften der Verordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahre 1915 vom 28. Juni 1915.

Wer mit dem Beginne des 15. Januar 1916 hiernach beschlagnahmtes Saatgetreide im Gewahrsam hat, zum 20. Januar 1916, getrennt nach Arten und Eigentümern, anzugeben. Saatgetreide der genannten Art, das sich zu dieser Zeit auf dem Transport befindet, ist von den Empfängern unverzüglich nach dem Empfang dem Kommunalverband anzugeben. Der Kommunalverband hat der Reichslandnahme bis zum 1. Februar 1916 Anzeige zu erstatten. In der Anzeige sind die einzelnen Brotgetreidearten getrennt aufzuführen.

Wer die ihm nach Absatz 3 Satz 1, 2 und 4 obliegende Anzeige nicht in der gegebenen Frist erstattet, oder wer wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft.

Wir ersuchen die Magistrate und die Herren Bürgermeister, die beteiligten Landwirte auf die vorstehenden Vorschriften besonders aufmerksam zu machen und darauf hinzuwirken, daß die Anzeige sofort an uns eingeleitet wird.

Rüdesheim a. Rh., den 18. Januar 1916

Der Kreisaußschuß des Rheingaukreises:
Wagner.

Die Wiederwahl des Bürgermeisters Piez zu Stephanshausen habe ich für die gezielte Dienstzeit von 8 Jahren bestätigt.

Rüdesheim a. Rh., den 18. Januar 1916.

Der Königliche Landrat,
Wagner.

Rassauischer Zentralwaisenfonds.

Wirth'sche Stiftung für arme Waisen.

Im Frühjahr 1. d. J. gelangen die Zinsen des Wirth'schen Stiftungskapitals von 20000 Mk. aus dem Rechnungsjahre 1915 im Betrage von 800 Mk. zur Verteilung.

Nach dem Testament des verstorbenen Landesdirektors A. D. Wirth, sollen die Zinsen einer eintausend hundert Personen (männlichen oder weiblichen Geschlechts), die früher für Rechnung des Zentralwaisenfonds versorgt worden ist und die sich seit Entlassung aus der Waisenverforgung stets untadelhaft betragen hat, frühestens fünf Jahre nach dieser Entlassung als Auszahlung oder zur Gründung einer bürgerlichen Niederlassung zugewendet werden.

Die an den Landeshauptmann zu Wiesbaden zu richtende. Bewerben müssen Angaben enthalten:

- 1) über den seitherigen Lebenslauf des Bewerbers oder der Bewerberin, namentlich seit Entlassung aus der Waisenverforgung;
- 2) über deren dermalige Beschäftigung;
- 3) über die geplante Verwendung der erzielten Summe im Sinne der Stiftung.

Ihnen sind am 1. d. J. Bescheinigungen über die seitherige Beschäftigung und Führung der Bewerber und Bewerberinnen, sowie Zeugnisse der seitherigen, insbesondere des letzten Arbeitgebers beizufügen. Ich ersuche um Bewerbungen mit dem Hinweis, daß nur solche, die vor dem 1. März 1916 eingeleitet, berücksichtigt werden können.

Wiesbaden, den 8. Januar 1916.

Der Landeshauptmann.

Bekanntmachung.

Für die Ablieferung der durch die Verordnung vom 18. November 1915 ertheilten Gegenstände aus Kupfer, Messing und Reinmetall sowie zur Entgegennahme derjenigen Gegenstände, die nach § 10 der Verordnung abgeliefert werden dürfen, ist für die Gemeinde Winkel, der 15. und 22. März 1916 bestimmt worden und zwar hat die Ablieferung an diesen Tagen im Rathhause, nachmittags in der Zeit von 2 bis 6 Uhr zu erfolgen.

Wer die Ablieferung der eingelegten Gegenstände unterläßt, hat die zwangsweise Eingabe auf seine Kosten zu gewärtigen. Die Gegenstände sind in sauberem Zustande abzugeben.

Winkel, den 16. Januar 1916.

Der Bürgermeister: Hartmann.

Deutscher Reichstag.

81. Sitzung.) CB. Berlin, 17. Januar.

Die Beratung des Ausschusses über die Resolutionen, Anträge und Petitionen wird fortgesetzt. Zunächst kommt der Wunsch nach vermehrter

Urlaubsgewährung für Mannschaften.

Der Berichterstatter Abg. Graf Westarp berichtet über die Anträge des Ausschusses, den Mannschaften einen ausreichenden Urlaub zu gewähren, namentlich denen, die bisher keinen Urlaub hatten.

Abg. Schöppin (soz.): Es besteht leider keine einheitliche Urlaubsgewährung, es gibt tatsächlich noch sehr zahlreiche Leute, die bisher überhaupt noch keinerlei Urlaub hatten oder nur einen sehr kurzen. Mit dem Urlaub müssen Freifahrtsscheine verbunden sein. Aber die Reisekosten, so sehr man die Opferwilligkeit Einzelner und von Korporationen anerkennen muß, hört man im Felde oft harte Urteile. Sie verläßtigen sich, wenn sie auch in noch so feste Säulen verpackt sind. Die Behandlung der Mannschaften ist oft sehr schroff.

Abg. Dr. v. Caster (natl.): Das rote Kreuz hat gewiß große Verdienste in diesem Kriege, aber die Transporte sind doch nicht immer zur Zufriedenheit verlaufen, am besten noch, wenn sie an einen bestimmten Truppenteil gingen. Die Feldwebelleutnants haben in diesem Kriege Luthers geleistet, aber ihre Einrichtung als solche möchte ich nicht für dauernd empfehlen. Man sollte die Feldwebel zu Oberfeldwebeln ernennen. Disziplin muß sein im Kriege wie im Frieden, aber militärischen darf kein Vorgesetzter, sonst muß er in großen Bogen hinausfliegen.

Abg. Hans (Op.): Die englische Regierung hat in ihrer Note schwere Vorwürfe gegen die deutsche Armee und Marine erhoben, von denen kein Schimmer wahr ist. Noch nie hat eine Armee im Felde gestanden, die so nach den Grundsätzen der Menschlichkeit kämpfen wie die Deutschen. Unsere Soldaten kommen sowohl den feindlichen Verwundeten wie der Zivilbevölkerung freundlich entgegen. Redner verbreitet sich dann ebenfalls über Fragen der Disziplin und Truppenausbildung und verlangt Erleichterung der Beschwerdeführung und Aussprache mit den Vorgesetzten.

Abg. Naeff (Zentr.): Meine politischen Freunde billigen auch nicht alles, was heute hier vorgetragen wurde, aber sie halten doch die Disziplin für die unverbrüchliche Grundlage des Heeres. Bei den Ersatzbataillonen herrscht ein ganz normaler Ton, auch wird nicht zu viel egerzt, vielmehr wird das Hauptgewicht auf die fröhliche Ausbildung gelegt. Die Gewährung längerer Urlaubs an die Landsturmmänner, namentlich die Leiter gewerblicher und landwirtschaftlicher Betriebe, unterstützen auch wir.

Stellvert. Kriegsminister v. Wundt:

Mit den Verfügungen an die Truppen ist das Kriegsministerium sehr sparsam, ganz unerschütterlich ist auch der Reichstag nicht, wenn manche Verfügungen erlassen wurden. (Heiterkeit.) Die Urlaubsfrage ist wichtig. Wir sehen es vollkommen ein, daß in einem so langen Kriege auch öftere Urlaube nötig sind, namentlich für Inhaber von Betrieben und Geschäften. Es konnte nicht immer Urlaub bewilligt werden, weil die Transportmöglichkeiten nicht ausreichten, z. B. in Polen; auch ist mancher Vorgesetzter in der Front etwas ängstlich, wenn er Leute entlassen soll. Das Kriegsministerium wird nach wie vor bestrebt sein, einzugehen. Die Verpflegung ist gut und ausreichend. Liebesgaben sind leider auch unterschlagen worden, ohne daß es gelang, die Täter festzustellen. Die Behandlung der Mannschaften ist in der Kommission vertraulich erörtert worden. An der Front drängt die gemeinsame Gefahr jede schlechte Behandlung zurück, zu Hause können bei den verschiedenen Charakteren solche Fälle vorkommen. Aber sie sind höchst selten und wir sehen alle Mittel in Bewegung, um die Wiederkehr solcher Vorkommnisse zu verhindern.

Abg. Vogt-Hall (kons.): Sie werden mir beistimmen, wenn ich auf Grund von Erfahrungen sage, daß alle Mannschaften, die von der Front zurückkehren, mit besonderer Hochachtung von ihren aktiven Offizieren sprechen. Bei den Reserveoffizieren hat sich, hervorgerufen durch den plötzlichen Wechsel, im einzelnen eine gewisse Nervosität gezeigt. Bei der Behandlung unserer Landsturmer möchte ich auch um eine mildere Handhabung bitten, da es sich hier um Veteranen der Arbeit handelt. Der Redner bezieht sich eingehend auf die Verpflegung und der Protration der Gefangenen und bittet um Änderungen, soweit sie von Landwirten beschafft werden.

Abg. Davidsohn (soz.): Wir können im Interesse der Soldaten auf die Förderung dieser Dinge nicht verzichten. Das Wichtigste für den Soldaten ist immer der ausreichende Urlaub. Es gibt tausende in der Front, die noch nicht einmal in der Heimat waren. Tüchtige Unteroffiziere sollte man direkt zu Offizieren ernennen.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen. Abg. Liebknecht (soz.) meldet sich zur Geschäftsordnung. Präsident Kaempf: Wir sind in der Abstimmung. Abg. Liebknecht ruft einige heftige Worte. (Lärm.)

Die Entschließungen des Ausschusses werden angenommen unter Ablehnung der weitergehenden sozialdemokratischen Anträge.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Abg. Ledebour (soz.): Ich bedauere, daß man meinem Freunde Liebknecht, der als Armierungssoldat im Felde steht, das Wort abgeschnitten hat, obwohl er aus eigener Erfahrung und im Namen vieler Kameraden, deren Vertrauen er genießt (Heiterkeit), hier eine Reihe wichtiger Fragen zur Sprache bringen wollte. Man darf einem Reichstagsabgeordneten nicht das Wort abschneiden (Lärm, rechts). Sie haben ja keine Ahnung... Präsident Kaempf: Die Ausführungen überschreiten den Rahmen einer Geschäftsordnungsbemerkung. Abg. Liebknecht (soz.): Ich soll also nicht einmal das Wort zur Geschäftsordnung erhalten. Präsident Kaempf verbietet sich jede Kritik. Abg. Liebknecht: Sie demaskieren sich! aus Ihnen spricht das böse Gewissen! (Großer Lärm.) Präsident Kaempf: Ich rufe Sie zur Ordnung und entziehe Ihnen das Wort. (Lebhafte Zustimmung.)

Nach weiterer kurzer Geschäftsordnungsdebatte teilt Präsident Kaempf unter großer Bewegung des Hauses das Telegramm mit, daß Montenegro die Waffen gestreckt und um Einleitung von Friedensverhandlungen ersucht habe. (Lebhafte Beifall im Hause und auf den Tribünen.)

Eine Entschließung der Kommission, betreffend Verabfolgung der Gebühren für Soldatenpakete wird einstimmig angenommen.

Die Beratung der Zensurfragen wird sodann auf morgen vertagt.

82. Sitzung.)

CB. Berlin, 18. Januar.

Am Bundesratsstische sitzt der Staatssekretär des Reichs-

Ministers Dr. Helfferich. Auf der Tagesordnung steht zunächst der

Antrag auf Vertagung des Reichstags bis zum 15. März.

Abg. Scheidemann (soz.) macht darauf aufmerksam, daß die Staatsberatung bevorstehe und dafür die kurze Zeit bis 1. April unumgänglich genügen könne.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Es soll schon früher vorgekommen sein, daß der Etat nicht rechtzeitig fertiggestellt wurde. Der jetzige Kriegsetat beruht naturgemäß nur auf Veranschlagungen und kann nicht lange Zeit in Anspruch nehmen. Anders ist es mit den Steuervorlagen, die jetzt schon kommen müssen, da wir mit Bestimmtheit ein größeres Defizit zu erwarten haben. Die neuen Steuern werden im Wesentlichen einen provisorischen Charakter tragen. Vor dem 15. März könne die Regierung die neuen Vorlagen nicht fertig stellen.

Abg. Wassermann (natl.): Daß die neuen Steuern einen provisorischen Charakter tragen werden, dahinter möchte ich ein Fragezeichen machen. Vielleicht könnten die Steuervorlagen schon vorher veröffentlicht werden.

Abg. Ledebour (soz.): Wir müßten ausgiebige Zeit zur Beratung des Etats haben. Der 15. März ist viel zu spät. Staatssekretär Dr. Helfferich: Von irgendeiner Vertagung der Regierung ist keine Rede, aber wir brauchen tatsächlich Zeit, um den Etat und die Steuervorlagen fertigzustellen.

Abg. Spahn (Str.) schlägt vor, daß am 7. März die Budgetkommission zusammentrete.

Abg. Dr. Hertel (kons.) ist mit dem 15. März einverstanden. Eine eingehende Beratung der Steuervorlagen wünschen auch wir.

Damit schließt die Erörterung. Der Vertagung wird zugestimmt. Es folgt die Beratung der Resolutionen über die Zensur.

Abg. Dittmann (soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur. Die Beschränkungen der Presse sind ungeheuerlich; in Halle ist dieser Tage eine Zeitung sogar die volle Veröffentlichung des Reichstagsberichts untersagt worden. (Hört! Hört!) Man trampelt auf den Rechten des Volkes. (Vizepräsident Dove bittet den Redner solche Worte zu vermeiden.) Als der Krieg begann, hat der Reichstagskanzler wunderbare Versprechungen gegeben. Keine davon ist bisher eingelöst. Alle Maßnahmen der Regierung sind von einem tiefen Mißtrauen gegen das Volk getragen. — Angekündigt sollten die ersten Verordnungen nur der Mobilmachung dienen, sie blieben aber auch nachher in Kraft. Statt Gerechtigkeit herrscht Willkür im öffentlichen Leben, der einzelne ist vogelfrei. (Unruhe rechts.) Das Verbot der Erörterung der Kriegsziele muß aufgehoben werden, dann werden allerdings die Anzionisten ihr Wunder erleben. Die Völker in England, Frankreich und Rußland denken wie das unsere nicht an Eroberungen, sondern an Frieden, ihre Stimme wird aber durch die allgemeine Militärdiktatur unterdrückt.

Abg. Gerstenberger (Z.): Der Vorredner hat sich sehr über die Zensur ereifert, ich rufe ihm das Dichterwort zu: „Sieh' fremde Leiden und lerne die eigenen leichter tragen!“ In Bayern hat sich die sozialdemokratische Presse einer Freiheit erfreut, um die sie die anderen Zeitungen beneiden. In Berlin hat die Deutsche Tageszeitung alle Stufen der Zensurstrafen erklommen. (Heiterkeit.) Trotzdem lehnen wir den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Zensur ab. Denn wir stehen immer noch in der Mobilmachung, weil dauernd Truppenverschiebungen stattfinden. Am besten wäre es, alle Zeitungen einmal auf vier Wochen zu verbieten. (Heiterkeit.) Nicht bloß in Deutschland, sondern in allen kriegsführenden Ländern. (Sehr gut!) Dann hätten wir bald den Frieden. Die deutsche Presse übertrifft die Presse aller Länder an Sachlichkeit, Ehrlichkeit, Gründlichkeit und Unbestechlichkeit. (Beifall.)

Abg. Fischbeck (Op.): Der dauernde Belagerungszustand ist unhaltbar. Es ist höchste Zeit, Verbesserungen eintreten zu lassen, denn glatt aufheben lassen sich die Bestimmungen über den Kriegszustand nicht. Unsere Presse hat sich glänzend bewährt. Leider beweist die Zensur oft sehr geringe Einsicht. Der Stil eines Schriftstellers ist vom Zensur verbessert worden, Zitate sind ungenau worden. Ein Mann durfte nicht angegriffen werden, weil er das Eiserne Kreuz bekommen hat. (Heiterkeit.) Wie kann man wegen eines Vergehens gleich eine Zeitung verbieten. Die Zensur erstreckt sich nicht nur auf die innere Politik, sondern macht sich direkt zur Dienerin privater Interessen. (Hört, hört!) Die Verletzung des Briefgeheimnisses widerspricht dem modernen Rechtsgedanken.

Abg. Stresemann (natl.): Wenn man die heutigen Fälle der Zensur gehört hat, ist es schwer, keine Satire zu schreiben. Das sind doch keine Einzelfälle mehr, das ist ein ganzes System. Das anmaßendste ist aber, wenn auch die Verläste des Reichstags unter die Zensur gestellt werden. Wir müssen den Herrn Reichstagskanzler bitten, hier sofort gegen die Militärbehörde einzugreifen. Das gleiche gilt für das Verbot patriotischer Jugendschriften durch zwei Generalkommandos. Der Begriff „Burgfrieden“ wird jetzt sehr einseitig ausgelegt, der Weltkrieg ist überhaupt nur mit der öffentlichen Meinung zu gewinnen. Es liegen große Verfassungen vor. Weshalb dürfen wir nicht offen sagen, daß unsere wirtschaftliche Lage infolge der englischen Blockade eine schwierige ist? Das Volk muß es wissen, daß wir sparsam sein müssen. Wir sollten die Erörterung der Steuerfragen hier so lange aussetzen, bis auch ihre Verpredung in der Presse erlaubt ist. Die Erörterung der „Paralong“-Frage im Reichstag wirkte wie eine befreiende Tat, so sollte auch die Diskussion über die Haltung der Vereinigten Staaten freigegeben werden, ebenso

die Erörterung der Friedensziele. Das deutsche Kaiserthum muß sich auf einem freien selbstbewußten Volke gründen. (Beifall.)

Abg. Dr. Hertel (L.): Der Reichstag hat heute nur Monologe gehalten, das liegt daran, daß die betroffenen Stellen nicht dem Reichstag verantwortlich sind. Den Wunsch, die Freiheit der Presse schon jetzt wiederherzustellen, teilen wir nicht. Die kommandierenden Generale wissen ihre Nachbefeugnisse auch in wohlthuendem Sinne zu gebrauchen. Vor allem müssen wir eine Einheitsfront der Zensur fordern. Es ist nicht möglich, nach der jetzigen Handhabung der Zensur den Bürgerfrieden zu wahren. Auch in der Erörterung der Kriegsziele müssen wir freien Spielraum haben. Es ist nicht gefährlich zu sagen, daß unsere Grenzen weitergezogen werden müssen und daß wir Skandinavien unter keinen Umständen wieder herausgeben.

Abg. Martin (Mitt.): Die Aufregung, die die sogenannten Presse-Erlasse des preussischen Ministers des Innern hervorgerufen haben, ist mir völlig unverständlich. Deshalb soll die Regierung nicht eingreifen in die Strömungen der öffentlichen Meinung? Die Provinzpresse hat sich in diesem Kriege als ebenso patriotisch wie selbständig gezeigt. Die Bestimmungen über die Postzeitung könnten auch in den Frieden hineinübertragen werden.

Abg. Dr. Spahn (Str.): Die Militärgeheimhaltung beruht auf dem Belagerungsgeheimnis, eine Änderung während des Krieges ist nicht angängig.

Abg. Heine (Hoy.): Es ist unmöglich, den Belagerungsgeheimnis über alle Dinge der inneren Politik auszudehnen. Die gesamte Exekutive ist einer einzigen Behörde übertragen, die dafür nicht die genügende Vorbildung und Befähigung besitzt. Die Beschränkung der persönlichen Freiheit ist unglaublich. Auch die Gewerkschaften werden sehr bedrängt. Die Zensur ist eine unerschöpfliche Quelle des Humors und der Satire. Der Bürgerfriede ist etwas Großes und wer ihn stört, von dem rüde ich ab. (Auf das Abg. Liebknecht: Das sagen Sie als Sozialdemokrat!) Abg. Heine: Ja, das sage ich hier öffentlich. (Abg. Ledebour: Schämten Sie sich! Rufe links: Schämten Sie sich lieber! Rärm.)

Vizepräsident Dr. Baumbach: Herr Abg. Liebknecht, ich rufe Sie wegen dieser Beleidigung eines Kollegen zur Ordnung.

Abg. Heine wendet sich fortwährend gegen gewisse Annexionswünsche, die die Abg. Hertel und Stresemann angedeutet. Gerade darum, um solchen schädlichen Andeutungen und Wünschen entgegenwirken zu können, muß nicht nur der Belagerungsgeheimnis und die Zensur aufgehoben, sondern vor allem die Erörterung der Friedensziele allgemein freigegeben werden. (Beif. Beifall links.)

Ministerialdirektor Dr. Leubusche verteidigt gegenüber den Zweifeln des Vorredners die Rechtsgültigkeit der Übertragung der kaiserlichen Gewalt an die stellvertretenden Generalkommandos während des Belagerungsgeheimnisses. Fehler sind natürlich vorgekommen, aber damit ist noch nicht die Aufhebung der Zensur gerechtfertigt. Die Zensur ist keine Maßnahme der Innenpolitik, sondern eine militärische Maßnahme. Ich bin überzeugt, diese Ansicht leitet auch die stellvertretenden kommandierenden Generale, deren Verdienste nicht unterschätzt werden sollten. Den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung des Belagerungsgeheimnisses lehnen die verbündeten Regierungen mit aller Entschiedenheit ab. Ebenso den Antrag, nach dem ein Zeitungsverbot nur mit Zustimmung des Reichstages erfolgen darf. Die fortschrittlich-nationalliberale Resolution auf Einbringung eines Ausführungsgesetzes über den Belagerungsgeheimnis ist formal bedenklich. Die Bestimmungen gegen die politische Tätigkeit der Gewerkschaften sollen, wie ich namens der verbündeten Regierungen erklären kann, abgeändert werden. Dem Reichstag wird alsbald eine Vorlage zugehen, wonach

die Gewerkschaften nicht mehr als politische Vereine betrachtet werden sollen,

wenn sie sich nur mit sozialen und wirtschaftlichen Dingen befassen. (Beif. Beifall.) Die Zensur darf, wie ich wiederhole, nicht aufgehoben werden. Sie ist gewissermaßen die Brotparte der öffentlichen Meinung. (Stürm. Weiterf.)

Abg. Waldstein (Sp.) möchte dann wenigstens Zusatzkanten eingeführt haben. (Erneute stürmische Weiterf.) Redner begründet dann den fortschrittlich-nationalliberalen Antrag.

Ein Schlußantrag wird unter dem üblichen stürmischen Proteste des Abg. Liebknecht, der sich dabei zwei Ordnungsrufe zuzieht, und dem der Präsident schließlich das Wort entzieht, angenommen. Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt, die Resolution des Ausschusses angenommen. Der fortschrittlich-nationalliberale Antrag und die Resolution betreffend das Zeitungsverbot werden an den Ausschuss zurückgewiesen.

Darauf vertagt sich das Haus auf den 15. März.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(3. Sitzung.) R. C. Berlin, 18. Januar 1916.

In der heutigen Sitzung erledigte das Haus eine lange Reihe kleiner Gesetze und Verordnungen, unter denen besondere Beachtung nur die Vorlage betreffend Vereinfachung von 100 Millionen zum Zwecke der Kriegsinvalidenanstalt hervorheben.

Die Redner aller Parteien begrüßten diese Vorlage und wünschten Verweisung an einen besonderen Ausschuss. Der Abg. Dr. Vredt (Str.) betonte, daß es notwendig sei, die vom Lande stammenden Invaliden anzufordern. Das Durchhalten im Kriege sei dem Umstande zu verdanken, daß Deutschland nicht einer Industrieschlacht geworden sei und große Güter die Ernährung sichergestellt. Dem widersprach der Abg. Dr. Baumbach (Sp.), indem er anführte, daß neben 23 000 großen Gütern fünf Millionen Kleinbetriebe beständen.

In kurzer Zeit war die Aussprache beendet, nachdem Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer seiner Freude über die allgemeine Anerkennung des Ruhens der Vorlage Ausdruck gegeben hatte. Die Vorlage wurde einem besonderen Ausschuss überwiesen und das Haus vertagte sich auf unbestimmte Zeit.

Das Herrenhaus trat heute zu einer kurzen Sitzung zusammen, die Präsident Graf v. Arnim mit einer Ansprache einleitete, in der er die verbündeten Oesterreicher zur Erörterung des Lawitschen beglückwünschte und in der Friedensanbahnung seitens Montenegros eine endgültige Vorbedeutung für den Frieden sah.

Die Tagesordnung umfaßte mehrere kleine Vorlagen, die ohne Erörterung erledigt wurden, sowie das Fischereigesetz, das einem Ausschuss überwiesen wurde.

Vor der Beschlußfassung verlas Herr v. Richthofen-Dahmsdorf im Namen der konservativen Fraktion eine Erklärung: Die Staatsregierung habe wiederholt erklärt, daß sie keine Vorlagen wieder einbringen wolle, die geeignet seien, die Eintracht der Parteien zu zerstören. Durch die Ankündigung einer Wahlrechtsänderung in der Thronrede sei aber dieser Standpunkt verlassen worden. Die konservative Partei halte es für ihre Pflicht, ihrer Ansicht

Ausdruck zu geben, daß der gegenwärtige Augenblick für diese Ankündigung nicht gut gewählt war. Seine Partei wolle sich jedes förmlichen Eingehens enthalten und nach wie vor an der gemeinsamen Arbeit teilnehmen, alle Sonderbestrebungen dem höchsten Ziele unterordnen, der Erreichung eines glücklichen Friedens.

Herr v. Richthofen bedauerte, daß das Fischereigesetz zu einem Angriff gegen eine Wahlrechtsänderung benutzt worden sei, erklärte aber, daß seine Freunde der zeitgemäßen Umgestaltung des Wahlrechts die Mitarbeit nicht versagen werden. Darauf vertagte sich das Haus auf unbestimmte Zeit.

Der erste Sonderfriede.

„Der Fuchs im Bau“ betitelt sich eine hübsche Blauberei über den alten vielversahren Beherrscher der Schwarzen Berge, die kürzlich ein guter und genauer Kenner der Personen und Verhältnisse dieser interessanten Gegenden nach dem Fall von Cetinje veröffentlichte. Mit vielem Humor schilderte er die eintägliche Schlauheit des alten Herrn, der bisher immer noch in allen Wechseln des Balkanlebens, einen Ausweg aus allen staatlichen und menschlichen Schwierigkeiten gefunden hatte und schließlich gleich einem gewissen nützlichen Quakler stets wieder auf die Fäße kam, so halbsprechend auch mancher Sprung zu sein schien, den er, sei es freiwillig, sei es unter dem Zwang der Umstände unternehmen mußte. Diesmal aber, so glaubte der Verfasser jenes Artikels, liege der Fuchs unweigerlich im Eisen. Er habe sich am Ende seiner Tage gründlich veripult, und nun gebe es keine Rettung mehr. Aber — wie sagte doch unser alter Kaiser Wilhelm? Man soll niemals „niemals“ sagen! König Nikolaus von Montenegro hat es auch diesmal im allerbesten Augenblick verstanden, den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Er wird nicht ohne erhebliche Beschädigungen an Haupt und Gliedern davonkommen, ganz gewiß nicht. Aber vielleicht wird er trotzdem noch ein gutes Geschäft dabei machen, namentlich wenn er das Schicksal Serbiens zum Vergleich heranzieht. Jedenfalls: er hat den Anfang vom Ende des Vierverbandes eingeleitet und eingeläutet, und das soll ihm immerhin nicht vergessen werden.

Montenegro ist der kleinste der Staaten, die sich gegen uns verbündet hatten, und insofern darf man natürlich die Bedeutung des Ereignisses gewiß nicht überschätzen. Aber er war doch im europäischen Staatensystem so fest und sicher verankert, daß eine besonders große Entschlußkraft dazu gehörte, sich von diesen Ketten für immer freizumachen. Dem Hause der Romanows durch mehrere Heiraten aufs innigste verbunden, sah König Nikolaus eine seiner Töchter an der Seite Viktor Emanuels den italienischen Königsthron bestiegen, und man hat in den letzten Jahren zur Genüge erfahren, wie sehr diese montenegrinischen Prinzessinnen es verstanden haben, ihren Vater in das Fahrwasser der Revanchepolitik hineinzuziehen. Seiner Natur hätte es an sich wohl eher entsprochen, sowohl mit Rußland wie mit Oesterreich-Ungarn in Freundschaft zu leben und von beiden Seiten so viel an Unnehmlichkeiten und Vorteilen einzustechen, wie es sich eben nur machen ließ. Aber der berühmte Elanbund machte an den Grenzen seines Ränkes nicht Halt; auch Montenegro erhielt in dem Aktionsprogramm gegen die Mittelmächte seine Rolle zugewiesen und mußte sie spielen, gleichviel ob den Führern des Königreiches dabei wohl oder übel an Ruine war. Den Untergang des serbischen Brudervolkes konnte Nikita aus nächster Nähe mit ansehen. Nun ging es auch mit ihm bergabwärts, und alle schönen Redensarten seiner angeblich so mächtigen Götter und Freunde konnten den Untergang nicht abwenden, dem er sich und sein Volk ausgeliefert sah. Daß er in dieser Not und Gefahr dem Vierverband die Gefolgschaft kündigte und sich auf Gnade und Ungnade der feindlichen Macht ergab, von der er gerade den letzten Stoh erhalten sollte, das macht seinem Verstande, vielleicht auch seinem Herzen alle Ehre. Die Presse des Vierverbandes hatte ihm eben erst noch das stolze Wort in den Mund gelegt, daß er den Kampf bis zum letzten Blutstropfen fortsetzen werde. Umso vernichtender trifft der Schlag, den die bedingungslose Unterwerfung des montenegrinischen Heeres für sie bedeutet. Die bulgarische Enttäuschung haben unsere Gegner noch verwirren können; hier war natürlich deutsche Lüge im Spiel, die sich die bejammernswürdige Blindheit des Königs Ferdinand zunutze machte. Jetzt aber ist ein Mann von ihnen abgefallen, den sie ganz und gar in ihrer Tasche hatten, der das Blut seiner Bergfinder für die Sache des Vierverbandes verspritzte und der mit starken Fesseln persönlichster und — anderer Art an die Höfe von St. Petersburg und Rom geschnitten war. Da gibt es kein Vertuschen und kein Fälschen mehr. Dieser König hat den Ring der Entente gesprengt, weil er sie für verloren hält. Er gehörte nicht zu den Bewunderern oder Getreuen Kaiser Wilhelms, er sah auch nicht dem Ringen auf dem Balkan mit abwartender Neutralität zu, sondern er ist Fleisch vom Fleische des Vierverbandes, Blut von seinem Blute und steht mitten drin im intimsten Familienkreise der beiden Herrscherhäuser, die den Gegensatz zu den Häusern Habsburg und Hohenzollern am sichtbarsten verkörpern. Er ist zu den Mittelmächten übergegangen, weil er sich nicht vollends zugrunde richten will im Dienst für fremde Interessen. Dieser entscheidende Schritt mag ihn Überwindung genug gekostet haben, denn damit ist die politische Haltung seines Landes endgültig vorgeschrieben, und die Fäden nach Rußland und Italien sind zerrissen. Um so schwerer wiegt die Parteinahme dieses Mannes, der nun ganz und gar auf die Grosstut Kaiser Franz Joseph angewiesen ist.

Serbien vernichtet, Montenegro bedingungslos unterworfen — für alle, welche die Reichen der Zeit erkennen wollen, ein untrügliches Menetekel! Der erste Sonderfriede erscheint in greifbarer Nähe, und die Entente hatte sich doch hundertmal hoch und heilig verschworen, daß in diesem Krieg alle für einen stehen würden und daß es keinen Sonderfrieden geben dürfe, damit Deutschland und Oesterreich-Ungarn auch ja bis zur völligen Vernichtung geschlagen würden. Es ist nicht die erste Enttäuschung, die unsere Feinde erleben; sie mögen seit den Augusttagen 1914 sogar manchmal schon Schlimmeres durchgemacht haben. Aber keine traurige Erfahrung wird sie wohl mehr gescheitert haben als diese Kapitulation, in der sie ein Unheil erblicken müssen, das fortwährend neues schlimmes Ungemach gebären muß. Wie weit sich diese trüben Vierverbandsschwärze erfüllen werden, können wir mit ruhiger Gelassenheit abwarten. Aber wir sehen: das Jahr 1916 hat für uns gut angefangen; sein Ausgange wird uns nicht minder gefallen.

Montenegros Kapitulation.

Die Durchführung der Waffenstreckung. Die Wiener „Neue Presse“ meldet aus authentischer Quelle über die Verhandlungen mit Montenegro:

Am 13. Januar erschienen bei unseren Vorposten zwei montenegrinische Minister und ein Major der Artillerie und sprachen den Wunsch aus, in Kapitulationsverhand-

lungen einzutreten. Dieser Wunsch wurde an die zuständigen Stellen weitergegeben. Es erfolgte der sofortige Befehl, die erste Voraussetzung für die Einleitung und Weiterführung der Verhandlungen sei die bedingungslose Waffenstreckung der montenegrinischen Armee. Beide Minister blieben in Cetinje. Der weitere Verkehr mit ihnen erfolgte durch Mittelspersonen. Unter den Waffen, welche Montenegro niederlegen muß, werden alle modernen Feuerwaffen im Sinne der europäischen Heeresordnung, auch jene Waffen und Erbstücke, die jeder männliche Montenegriner trägt, verstanden. Die wehrhaften Montenegriner werden in größeren Trupps zusammengetreten und die Waffen kassiert niederlegen. Die Kontrolle für die Waffenniederlegung wird darin bestehen, daß unsere Truppen eine strategische Waldstreckung vornehmen werden, so daß ganz Montenegro als ein großer Wald aufgefahrt und nach seiner ganzen Breite abgegangen wird, damit sich nicht irgendwo Banden bilden und einen Guerillakrieg auf eigene Faust fortsetzen. Sodann wird die männliche wehrfähige Bevölkerung in bestimmte Gegenden verwiesen, was wahrscheinlich bis in das hohe Greisenalter hinauf notwendig sein wird. Die montenegrinischen Frauen haben sowohl als Kombattanten wie im ganzen Stappendienst am Krieg teilgenommen. Allerdings stellte König Nikita schon seit längerer Zeit die Auszahlung der Löhne ein, worauf viele Frauen in die Heimat zurückkehrten, wohin ihnen auf zeitweisen Urlaub die Familienväter folgten, um den Unterhalt ihrer Familien wenigstens für einige Zeit sicherzustellen. Die Frauen werden ausnahmslos in den einzelnen Ortschaften verbleiben.

Zur bedingungslosen Waffenstreckung gehört auch die Übergabe sämtlicher Städte und Ortschaften und die Übergabe aller Verkehrsmittel, namentlich der Eisenbahnen.

Die Oesterreicher in Cetinje.

Wie aus dem 1. u. 2. Kriegspressequartier gemeldet wird, sind die Bewohner Cetinjes gegenüber den österreichischen Truppen friedlich, dienstfertig und zuvorkommend, so daß das beste Einvernehmen zwischen ihnen herrscht. Die Leute überlassen sich einander an Gastfreundschaft und machen sich in den Straßen erbötig, österreichische Offiziere ins Quartier zu nehmen. Man habe kaum das Gefühl, in Feindesland zu sein.

Im Arsenal wurde reichliche Beute gefunden. Moderne Maschinengewehre und Patronenstreifen lagen bereit, das Modellzimmer mit allen möglichen Gewehren und sonstigen Waffen, Drehbänken, Maschineneisen, alles in tadellosem Zustande. Hinter dem Arsenal stehen viele Geschütze schneebedeckt, mehrere von moderner Konstruktion, italienischer und französischer Herkunft.

Die erreichten Stellungen.

Die österreichischen Truppen hatten in der Zeit bis zur Waffenstreckung der Montenegriner weitere bedeutende Fortschritte gemacht. Das Zentrum der Armee Roewek hatte schon die Höhen westlich Nikita, also fast die Hälfte des Weges Loocen-Bodgorica hinter sich. Sehr bedeutend waren die Fortschritte des rechten Flügels der Armee Roewek. Nach Wiedereroberung von Spiba setzte dieser Armeezweig in Vordringen fort, und kämpfte schon auf den Höhen westlich Prizrag. Der linke Flügel der Armee Roewek, der über die Chauffee von Berasto gegen Drachovac vorrang, kämpfte schon auf der Höhe 165 nordöstlich von Ublj, südöstlich von Grab, ferner nördlich Grabovo, also schon knapp an dem Wege Cetinje-Nikits. An der Front, im Raume südlich Berane, machten die österreichischen Truppen auch merkliche Fortschritte.

Nach Montenegros Waffenstreckung.

„Wehe dem Besiegten!“ hieß es schon in klassischer Zeit. Zweimal Wehe den Montenegrinern, die unterlegen sind, und dreimal dem König der Schwarzen Berge, der die Niederlage seines Volkes eingestanden und besiegelt. Er wird geschmäht von seinen bisherigen Bundesgenossen, als wäre er ein Deutscher, verächtlich von den Vierverbandsfreunden, als wäre er ein Grieche; die ihm nicht das Recht zugesprochen, den Untergang seines Volkes, den Zusammenbruch seines Reiches verhindern zu dürfen.

Die Bedingungen für die Übergabe

Montenegros glauben römische Kreise zu kennen. Ein Telegramm meldet:

Die Bedingungen für die Kapitulation seien, daß Montenegro den Lawitschen abtreibe und dafür einen Hafen im Adriatischen Meer erhalte. Montenegro bleibe unabhängig.

Der montenegrinische Konsul in Rom teilte mit, daß König Nikita eine Proklamation an sein Volk richtete, worin er sagt: Montenegro habe nur wählen können zwischen Untergang oder Übergabe.

Montenegro entschuldigt sich.

Die erste amtliche Kundgebung Montenegros über die Kapitulation, die eine Erklärung und eine Entschuldigung sein soll, ist in Paris erfolgt. Es wird uns gemeldet:

Paris, 19. Januar. Das montenegrinische General-Konsulat veröffentlicht eine Note, aus der die Hauptstellen wiedergegeben seien:

Wenn der König und die Regierung nachgegeben haben, so muß man als sicher annehmen, daß die Armee ihre letzte Munition verschossen hatte. Sogar die Mündung war unmöglich geworden, da der Feind an den Grenzen stand, und da es wegen der erbitterten Feindschaft von Seiten Albanien keinen Ausweg über Serbien hat entkommen können. So hatten doch die schwachen und durch Entbehrungen aller Art erschöpften montenegrinischen Truppen kein Mittel, auf befreundetem Gebiete eine Zuflucht zu suchen. ... Man wird die unglücklichen Befestigten mit Schimpf überhäufen, aber das wird weder dem Ruf des tapieren kleinen Montenegros, noch der erhabenen Feldentrolle, welche es zu seiner Ehre in dem großen Kriege gespielt hat, Abbruch tun, und Montenegro wird dem edlen Frankreich, welches ihm stets an erster Stelle weitgehende Hilfe geboten hat, so oft es seine herzlichste Freundschaft anrief, dankbar bleiben.

Stimmen der Vierverbandspresse.

Die Voraussetzungen des Pariser montenegrinischen General-Konsulats, daß nunmehr Montenegro beschlagnahmt werden würde, ist prompt eingetroffen. Und die Verneinung, die das General-Konsulat vor Frankreich gemacht hat, ist in Paris ohne Eindruck geblieben. Die Pariser Presse behandelt Montenegro nicht anders, als die italienische und sonst geistesverwandte. Hier einige Proben:

Genf, 19. Januar. König Nikita von Montenegro wird von der französischen Presse übel behandelt. Selbst das „Journal des Debats“, das fast amtlichen Charakter hat, fällt aus seiner vornehmen Zurückhaltung und wirft Nikita niedrigen Verrat vor. Es verdächtigt ihn, daß

er sich unter dem Schutze Österreichs und auf Kosten Serbiens ausbreiten wolle. Dies wäre aber ein Verrat der slavischen Sache, eine der niedrigsten Verrätereien der Geschichte." Die Tonart der übrigen Presse ist noch viel schärfer.

Lugano, 19. Januar. Eine römische Depesche charakterisiert die Übergabe des montenegrinischen Heeres als eine dunkle Handlung. Der "Secolo" schreibt: "Um den Entschluß Nikitsa zu erklären, mußte man direkt denken, der Geist des alten Königs sei von düsteren Plänen beseelen." "Messagero" schreibt: "Die Kapitulation wäre vorausgesehen worden, da allzuwiele Anzeichen über eine zweideutige Haltung der Montenegriner vorgelegen hätten. Montenegro sei oft der Hinneigung zu Österreich verdächtig worden, Ausland habe sich mehr als einmal darüber beklagen müssen."

Amsterdam, 19. Januar. Die Eroberung Montenegros hat in belgischen Kreisen Bestürzung hervorgerufen. Das in Havre erscheinende belgische Blatt "Echo Belge", das der belgischen Regierung treu zur Seite steht, schreibt: "Leider können wir unsere Trauer und unsere Wünsche nicht verbergen. Wenn das heldenhafte Montenegro auf diesem Punkt angekommen ist, so war das die Schuld Italiens." Mit bitterem Hohn schließt der Artikel: "Ein Armeekorps hätte genügt, um den Komitischen zu halten; aber es ist selbstverständlich teurer, ein Armeekorps auf dem Balkan zu unterhalten, als in den Alpen." — Bitter!

Der Kriegsbericht vom 18. Januar.

Auf der Westfront hält die lebhafteste Fliegeraktivität an. Die deutschen Flugzeugführer zeigten auch jetzt wieder ihre Überlegenheit.

Drei feindliche Flugzeuge abgeschossen.

Großes Hauptquartier, 18. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Allgemein war die Fliegeraktivität an der Front bei meist klarem Wetter gesteigert. Vers wurde wiederum lebhaft beschossen. — Zwei englische Flugzeuge unterlagen bei Basseghendele und Dabizele (Flandern) im Luftkampf. Von den vier Insassen sind drei tot. Ein französisches Flugzeug wurde bei Medewich von einem unserer Flieger abgeschossen. Führer und Beobachter sind gefangen genommen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei Dünhof (südlich von Riga) und südlich von Widsig gelang es den Russen unter dem Schutze der Dunkelheit und des Schneesturms vorgeschobene kleine deutsche Postierungen zu überfallen und zu zerstören.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung. Amtlich durch das B.L.V.

Der Kriegsbericht vom 19. Januar.

Im Westen wie im Osten ist es zu größeren Unternehmungen nicht gekommen. Überhaupt ist die Tätigkeit weiter gering, mit einziger Ausnahme von Fliegervorstößen.

Der deutsche Generalstabsbericht.

Großes Hauptquartier, 19. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der Westfront stieß eine kleine deutsche Abteilung in den feindlichen Graben vor und erbeutete ein Maschinengewehr. — Lebhafteste beiderseitige Sprengtätigkeit auf der Front westlich von Lille bis südlich der Somme — Nachts warfen feindliche Flieger Bomben auf Meh. Bisher ist nur Sachschaden gemeldet. Ein feindliches Flugzeug stürzte gegen Morgen südwestlich von Thiaucourt ab; von seinen Insassen ist einer tot.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

An der Front nichts Neues. — Deutsche Flugzeugführer griffen feindliche Magazinsorte und den Flughafen von Tarnopol an.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert. Amtlich durch das B.L.V.

Kaiser Wilhelm in Nisch.

Sar Ferdinand preussischer Feldmarschall.

Kaiser Wilhelm hat in Nisch am 18. Januar eine Zusammenkunft mit dem Zaren Ferdinand von Bulgarien gehabt, in deren Verlauf der Kaiser dem Zaren den preussischen Feldmarschallstab überreichte, während dieser dem Kaiser zum Chef des 12. bulgarischen Infanterieregiments ernannte.

Die Herrscher trafen pünktlich um 12 Uhr mittags auf dem festlich geschmückten Bahnhof von Nisch ein, wo bulgarische Truppen die Ehrenwache gestellt hatten. Nach herzlicher Begrüßung begaben sie sich in Automobilen durch die von einer jubelnden Menge gefüllten reich dekorierten Straßen zur Zitadelle, wo sie gemeinschaftlich die Parade der dort aufgestellten bulgarischen, macedonischen und deutschen Truppen abnahmen. In der Begleitung des Kaisers befanden sich General von Falkenhayn, Generalfeldmarschall von Madsen, der Generaladjutant von Blesien, von Lyncker, von Theins, Admiral von Müller und Oberhofmarschall von Reischach. Außerdem waren General von Seede und Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg anwesend. Sar Ferdinand war vom Kronprinzen Boris, dem Prinzen Boris, dem Generaladjutanten Marloff, dem Generalen Dojadjick, Lodoroff und Tantiloff, dem Generalgouverneur Antonesoff, dem Ministerpräsidenten Radoslawoff und dem belgischen Botschafter begleitet. Der Eindruck der Feierlichkeiten wurde durch das strahlende Sommerwetter des südlichen Winters verstärkt.

Deutschland und die Versenkung der „Persia“.

Der amerikanische Vizekonsul in Berlin, Mr. Gerard, teilt mit, daß Deutschland alle Führer der deutschen U-Boote im Mitteländischen Meer befragt habe, diese aber ausnahmslos erklärten, für die Versenkung der „Persia“ nicht verantwortlich zu sein.

Der Dampfer „Persia“ war im Mittelmeere von einem U-Boot versenkt worden, dessen Nationalität nicht zu ermitteln war. Da amerikanische Untertanen bei dem Untergang der „Persia“ ums Leben gekommen waren, bestand die Möglichkeit, daß hier ein neuer „Fall“ konstatiert werde. Das ist nun ausgeschlossen. Die englische Presse ist um ein feines Thema ärmer geworden.

Österreichisch-ungarischer Heeresbericht.

Amtlich wird verlautbart: Wien, 18. Januar.

Russischer Kriegsschauplatz.

Da auch der gestrige Tag keine besonderen Ereignisse brachte, kann die Neujahrsschlacht in Ostgalizien und an der bekarabischen Front, über die aus naheliegenden militärischen Gründen die Tagesberichte keine eingehenden Angaben bringen konnten, als abgeschlossen betrachtet werden.

Unsere Waffen haben an allen Punkten des 130 Kilometer breiten Schlachtfeldes einen vollen Sieg davongetragen.

Unsere über jedes Rob erhabene Infanterie, die Trägerin aller Entscheidungsschlachten, hat — von der Artillerie sehr verständnisvoll und geschickt unterstützt — alle Stellungen gegen eine drillich oft vielfache Überlegenheit behauptet.

Die große Neujahrsschlacht im Nordosten Österreichs begann am 24. Dezember vergangenen Jahres und dauerte, nur an einzelnen Tagen durch Kampfpausen unterbrochen bis zum 15. Januar, also insgesamt 24 Tage lang.

Zahlreiche Regimenter standen in dieser Zeit durch 17 Tage im heftigsten Kampf. Russische Truppenbesätze, Auslagen von Gefangenen und eine ganze Reihe von amtlichen und halbamtlichen Rundgebungen aus Petersburg bestätigten, daß die russische Heeresleitung mit der Offensive ihres Südheeres große militärische und politische Zwecke verfolgte.

Diesen Absichten entsprachen auch die Menschenmassen, die der Feind gegen unsere Fronten angeleitet hat, er opferte ohne irgend einen Erfolg zu erreichen, mindestens 70 000 Mann an Toten und Verwundeten hin und ließ nahezu 6 000 Kämpfer als Gefangene in unserer Hand.

Der Truppenzusammenschluß nach haben am Sieg in der Neujahrsschlacht alle Stämme der Monarchie Anteil. Der Feind zieht neuerlich Verstärkungen nach Ostgalizien.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Verhandlungen, die die Waffenstreckung des montenegrinischen Heeres zu regeln haben, begannen gestern nachmittag.

Unsere Truppen, die inzwischen nach Birpazar und Rijeka befeht hatten, haben die Feindlichkeiten eingestellt.

Österreichisch-ungarischer Heeresbericht.

Amtlich wird verlautbart: Wien, 19. Januar.

Russischer Kriegsschauplatz.

Der gestrige Tag verlief ruhig. Heute in den frühesten Morgenstunden entbrannte an der Grenze östlich von Ezerowitz, bei Toporow und Bojan eine neue Schlacht.

Der Feind setzte abermals zahlreiche Kolonnen an und führte an einzelnen Stellen vier Angriffe nacheinander. Er wurde jedoch überall von den tapferen Verteidigern zurückgeworfen. — Sonst keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Angriffe schwächerer feindlicher Abteilungen bei Lufero und nördlich des Tolmeiner Brückenkopfes wurden abgewiesen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Bei der Besetzung von Birpazar haben unsere Truppen — wie nachträglich gemeldet wird — 20 Stahlgewehre erbeutet.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes u. Doefler, Feldmarschallleutnant.

Die Zerstörung der Strumabrinke.

Scharfer Protest Griechenlands.

Die griechische Regierung fährt fort, gegen die Gewalttaten des Bierverbandes auf ihrem Gebiet zu protestieren. Der Korrespondent der „Times“ meldet aus Athen:

Die griechische Regierung hat wegen der Zerstörung der Eisenbahnbrücke bei Demirhisar, wodurch die Entsendung von Vorräten nach Makedonien ernstlich erschwert werden würde, einen schriftlichen Protest an die Entente gerichtet.

Zu schriftlichen und mündlichen Protesten hat Griechenland allmählich reichlich Gelegenheit gehabt. Gefruchtet hat aber bisher keiner und bei der unverheilten Wunde des Bierverbandes, Griechenland auf die Knie zu zwingen, wird auch dieser nichts erreichen.

Die Lage im Irak.

Im englischen Unterhaus bildet die bedrückte Lage der in Kut el Amara eingeschlossenen englischen Expedition den Gegenstand besorgter Anfragen. Seitens der Regierung wurde folgende Auskunft gegeben:

Die Türken rücken, nachdem sie sich am 11. Januar nach der Stellung von Nisim, sechs Meilen östlich von Kut el Amara, zurückgezogen hatten, am 12. wieder nach der Stellung Wami vor. Sodann zogen sie sich aber wieder zurück und am 14. und 15. wurde ihre ganze Stellung bei Wami erobert. Die türkischen Nachhutpositionen beziehen die Stellungen bei Efin. Sie wurden durch anhaltendes schlechtes Wetter behindert. Alle Verwundeten wurden auf dem Flusse weggebracht.

Die Auskunft klingt recht verworren. Die Türken, die sich nach Efin zurückgezogen hatten, rückten nach Wami vor, zogen sich aber wieder nach Efin zurück, worauf die Engländer die Stellungen von Wami, die die Türken gar nicht besetzt haben, eroberten. Herr, dunkel ist der Rede Sinn! Aber was sagt man nicht in der Verlegenheit!

Große Not in Kut el Amara.

Türkische Blätter erfahren aus Bagdad, daß die Engländer schon vor vierzehn Tagen die Truppen der Gar-nison von Kut el Amara auf halbe Brotration gesetzt haben. Verluste, der Garnison Lebensmittel zuzuführen, sind gescheitert. In der Stadt befindet sich 3000 Verwundete, die ihre Verwundungen nach der Einschließung der Stadt erlitten haben.

Konstantinopel, 18. Januar.

Das türkische Hauptquartier teilt mit: An der Front keine wesentliche Veränderung. Unsere Artillerie zerstörte einen feindlichen Monitor, der in der Gegend von Scheikh Said bemerkt wurde.

Rückwärts geflohen.

Im geräumten englischen Lager Sed il Wahr wurde ein Armeebefehl General John Hamiltons vom 21. April 1915 gefunden, in dem die bevorstehende Landung an der offenen Küste und die Bezwingung der als uneinnehmbar betrachteten türkischen Stellungen, die sicher erfolgen würde, als eine Aufgabe ohnegleichen bezeichnet wird, die den Krieg einem ruhmreichen Abschluß näher bringen würde.

Die Lösung der Aufgabe blieb aus. Und dennoch rühmte Asquith am 20. Januar den kläglichen Rückzug von Gallipoli als eine Großtat ohnegleichen in der Geschichte der englischen Armee und Marine, die die tiefe Dankbarkeit des Königs und des Landes verdiene. John Bull windet jetzt in rührender Beiseidenheit auch Rückwärts-Siegern Vorbeerkränze.

Kleine Kriegspost.

Wien, 19. Jan. Der Gesandte Eduard Otto, der bis zum Kriegsausbruch als Vertreter Österreich-Ungarns in Genie fungierte, wurde mit der Führung der Friedensverhandlungen mit Montenegro betraut und ist bereits abgereist.

Wien, 19. Jan. Ein Geschwader österreichischer See-flugzeuge setzte bei einem Luftangriff auf Ancona Bahnhof, Elektrizitätswerk und eine Kaserne in Brand und kehrte unversehrt zurück.

Athen, 18. Jan. Die Alliierten haben außer der Strumabrinke noch acht kleinere Brücken zwischen Koron und Kifidra gesprengt. Man vermutet, daß ähnliche Vorbeugungsmaßregeln unverzüglich auch auf dem Wege nach Monastir (Bitolla) getroffen werden würden.

Konstantinopel, 19. Jan. Das türkische Hauptquartier teilt mit: An der Kapasusfront wurden die Russen, die infolge unserer heftigen Angriffe bedeutende Verluste erlitten, durch die Verstärkungen, die wir jüngst erhalten haben, gezwungen, ihre Angriffe auf der ganzen Front einzustellen. Die Lage ist für uns günstig.

Von freund und feind.

[Allerlei Draht- und Korrespondenz-Meldungen.]

Deutschland und Montenegros Unterwerfung.

Berlin, 19. Januar.

Mit der Waffenstreckung Montenegros wird sich die deutsche Regierung nicht direkt beschäftigen, wie man von hiesiger wohlunterrichteter Stelle erfährt. Zwischen Deutschland und Montenegro kam es wohl zum Abbruch der Verhandlungen, nicht aber zur Kriegserklärung. Deshalb wird es hier auch keinen unmittelbaren Einfluß auf die Friedensverhandlungen und die Friedensbedingungen ausüben.

Neue Blockadedrohungen Englands.

New York, 19. Januar.

Deutschland soll und muß ausgehungert werden, und weil die bisherigen Mittel und Wege verfaßt haben, sinnte England auf neuen Bluff. Denn auf nichts anderes kommt es heraus, wenn England jetzt mit einer „verschärften Blockade Deutschlands“ droht. In der Tat meldet ein Funkpruch des B.L.V. aus Washington, die Vereinigten Staaten würden die von England beabsichtigte neue Blockade Deutschlands nicht anerkennen, solange diese nicht durchaus effektiv gestaltet wird. Um in den Augen der Vereinigten Staaten als gefällig zu gelten, muß eine solche Blockade nicht nur die Küsten Deutschlands an der Nordsee umgürten, sondern sie muß sich in die Ostsee erstrecken und insbände sein. Tatsächlich jeden Verkehr durch diese See zwischen Skandinavien und Deutschland zu verhindern. „New York Sun“ erhielt diese Auskunft über die Haltung der Vereinigten Staaten in dieser Frage von sehr hohen amtlichen Stellen im Staatsdepartement. „Evening Post“ meldet aus Washington, daß Blockaderegeln, die dem Völkerrecht und Völkergesetzen mehr entsprechen, aber viel strenger sind als die bisher angewendeten, durch England aufgestellt und Frankreich sowie den andern Alliierten zur Billigung vorgelegt worden sind. Dies wurde Wilson und Lansing in amtlichen Depeschen aus London übermittelt. Oberst House, der Sondergesandte Wilsons, der längere Besprechungen mit Grey hatte, hat dem Weißen Hause einen ausführlichen Bericht über die Lage gesandt. Oberst House erklärte der englischen Regierung, daß die durch England verursachten Einschränkungen des amerikanischen Handels einen ungünstigen Eindruck auf die amerikanische öffentliche Meinung machen und daß das amerikanische Volk von England erwartet habe, daß es sich dem Völkerrecht füge, genau so wie Deutschland es zum Schluß in den Verhandlungen über den Unterseebootskrieg getan habe. England bereitet, wie das Blatt meldet, eine lange Note zur Antwort auf Amerikas Protestnote vom Oktober 1915 vor. Mehrere Telegramme aus London bestätigen, daß eine wirksame Blockade jetzt erklärt werden wird. Nun, Deutschland wird auch diese „Blockade“ in aller Ruhe abwarten. Die angekündigte „lange Note“ ist offenbar auch nichts anderes als ein neuer Verschleppungsversuch.

Graf Bernstorffs Verhandlungen.

Berlin, 19. Januar.

Die Verhandlungen des deutschen Vizekonsuls Grafen Bernstorff bei den Vereinigten Staaten über den „Lustania“-Fall sind noch immer nicht abgeschlossen. Wie mitgeteilt werden kann, sind Konzeptionen von Seiten Deutschlands, namentlich über weitere Einschränkung der Unterseeboots-tätigkeit nicht erfolgt.

Griechenlands Schicksalsstunde schlägt!

Sofia, 18. Januar.

Eine ungemein bedeutungsvolle Kunde kommt über Sofia aus der griechischen Hauptstadt: Griechenland, von der Entente-Brutalität bedrängt, will ein Ende machen. Heute soll in einer Note von der Entente die Nennung des griechischen Gebietes verlangt werden.

Das bedeutet, daß die letzte Entscheidung über Saloniki und die dort angesammelten Streitkräfte unmittelbar bevorstehen würde. Noch eine andere Meldung läßt darauf schließen, daß das letzte Friedensstündlein für Griechenland geschlagen hat: Wie nämlich aus Athen verlautet, haben England und Frankreich der griechischen Regierung eine besetzte Note überreicht, die einem Ultimatum gleichkommt und verlangt, Griechenland solle binnen 48 Stunden allen diplomatischen Vertretern und Konsuln der Verbundmächte die Pässe zustellen, widrigenfalls der Bierverband die zur Wahrung seiner Interessen für nötig erachteten Schritte unternehmen werde. Ganz cynisch setzt man also den Griechen den Revolver auf die Brust. Es ist begreiflich, wenn diese Situation unerträglich wird und die Griechen lieber ein Ende mit Schreden als einen Schreden ohne Ende wollen.

Auffindung der Leiche des Russengenerals

Samsonows.

* In der Schlacht an den Naturischen Seen ist auch der russische General Samsonow gefallen. Russische Blätter berichten jetzt über die Auffindung seiner Leiche. Die Witwe des Gefallenen hatte bei den deutschen Behörden um die Erlaubnis gebeten, nach der Leiche ihres Mannes suchen, sie ausgraben und nach Rußland überführen zu dürfen. Wie Frau Samsonow feststellen konnte, war ihr

Mann in der Schlacht bei Djalowo gefallen und auf dem Schlachtfelde begraben worden. Durch Umfrage konnte sie ermitteln, daß Bauern nach der Schlacht durch Zufall im Walde eine Offiziersleiche aufgefunden hatten, die nur sehr oberflächlich und ohne Sarg beerdigt worden war. Der Beerdigungsprozeß war damals schon ziemlich weit vorgeschritten. Die Bauern hüllten die Lebereste in den Generalmantel und setzten sie am Waldestrand bei. Als einziges Erkennungszeichen hatte man bei der Leiche ein Medaillon mit den Photographien einer Frau und mehreren Kindern gefunden. Das Medaillon wurde aufbewahrt und jetzt der Frau Samsonow gezeigt, die es als Eigentum ihres Mannes erkannte. Daraufhin durfte sie die Leiche ausgraben und über Schweden nach Moskau führen lassen, wo die Beisetzung erfolgen soll.

Vokale u. Vermischte Nachrichten.

Westrich-Winkel, 20. Jan. Der Kaufm. Verein Mittel-Rheingau hält am nächsten Dienstag, den 25. Januar, abends 8 Uhr, im Hotel zur Linde in Geisenheim seine diesjährige ordentliche Generalversammlung ab. Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte:

1. Erstattung des Jahresberichts pro 1915.
2. Vorlage des Rechnungsabchlusses pro 1915 und Genehmigung desselben.
3. Entlastung des Kassierers und des Vorstandes.
4. Wahl der Stimmgähler und drei Rechnungsprüfer.
5. Festsetzung der Jahresbeiträge.
6. Erledigung von Beschlüssen und Anträgen.
7. Wahl des Vorstandes pro 1916.
8. Wahl der Bibliothekare pro 1916.
9. Vorlage des Voranschlages pro 1916.
10. Bestimmung über das Vereinsvermögen.

Eltville, 19. Jan. Auf die Glückwünsche seitens der hiesigen Stadt anlässlich der Vermählungsfeier der Gräfin von und zu Elz mit dem Grafen Clary und Aldringen ist folgendes Schreiben von der Frau Gräfin von und zu Elz eingegangen:

Eltville, den 6. Jan. 1916.

Dem Magistrat und Stadtvorordnetenkollegium und gleichzeitig auch den Bewohnern der Stadt Eltville möchte ich hiermit meinen herzlichsten, aufrichtigsten Dank für ihre Glückwünsche zur Vermählung meiner Tochter auf das wärmste aussprechen.

Gern ergreife ich diese Gelegenheit, um zu versichern, daß ich auf die Erhaltung der guten und herzlichen Beziehungen zwischen der Stadt Eltville und unserer Familie den größten Wert lege.

Marie Gräfin zu Elz

Vaterländische Volksunterhaltung. Sonntag, den 30. Januar, nachmittags 4½ Uhr, wird der Gemeinnützige Ausschuss für die Orte Geisenheim, Johannisberg und Winkel des Rhein-Mainischen Verbandes für Volksbildung in Geisenheim einen Volksunterhaltungs-Nachmittag veranstalten. Das Programm bildet eine Verherrlichung der deutschen Kriege 1813—1870—1914 in Solologien, Vorträgen, Doppelquartetten und Streichquartetten, von namhaften Frankfurter Künstlern vorgelesen. Wenn ja auch die Zeit für endgültige Siegesfeiern noch lange nicht gekommen ist, so dürfen wir doch bereits stolz auf das bis jetzt erreichte zurückblicken. Ja, wir müssen noch weiter zurückgehen auf das große Völkerringen vor hundert Jahren, dem Deutschland seine Befreiung vom französischen Joch verdankt und auf die schneidende Auseinandersetzung mit unseren westlichen Nachbarn 1870, aus welcher das deutsche Kaiserreich neu entstand, um uns den Blick frei zu erhalten für die große Richtlinie, welche dem deutschen Volke vorgezeichnet ist, und um den Glauben zu pflegen an die Notwendigkeit von Deutschlands Weltmachtstellung. So ist diese Veranstaltung eine Feier in künstlerischer Form, durch welche wir unsere Kämpfer draußen nicht minder ehren als alle die leitenden Männer in ihrer ungeheuren Verantwortung. Der Besuch dürfte somit ein ungewöhnlich starker sein, zumal die Preise

außerordentlich niedrig gehalten werden sollen. Unsere nächste Nummer wird eine Bekanntmachung bringen.

→ Radesheim a. Rh., 17. Jan. (Hauptversammlung des „Rheingauer Vereins für Obst-, Wein- und Gartenbau“). Schluß des Berichtes aus voriger Nummer). Die Einnahmen des Vereins hätten betragen: 689,90 Mark, die Ausgaben 672,15 Mark, jedoch ein Restbestand von 17,75 Mark verblieb. Die Rechnung war von Verwalter Schlegel vorgenommen worden. Der Kassierer wurde entlastet. Ueber „Wirtschaftsobst in Höhenlagen“ sprach Inspektor Schilling. Dieser erklärte, daß man Obst in Höhenlagen besser zur Anlage bringen könne wie im Tal. Im Rheingau würden an Äpfeln vor allem die sogenannten Schafsnäpfel gepflanzt. Diese Sorte könne 3. V. im Obertal in der Gemarkung Radesheim—Ebingen und in der Heide in der Gemarkung Geisenheim als Höhenlagen angepflanzt werden. Nach Wirtschaftsobst habe sich im Rheingau eine größere Nachfrage als nach besseren Sorten, also Tafelobst, gezeigt und die Kultur von Wirtschaftsobst könne vorzugsweise empfohlen werden. Auch Kirschen und Birnen seien mehr auf Höhenlagen zu pflanzen. Die Schafsnäpfel würden in drei Jahren durchschnittlich zwei Ernten bringen und auf trockenem gutem Boden gedeihen, der rheinische Wonnepfel eigne sich besonders zum Essen, zu Kompott und zur Bereitung von Apfelsinen, ferner eigne sich der rote Trierische Wonnepfel zur Weinbereitung. Der Wonnepfel sei ebenfalls eine empfehlenswerte Sorte. Ferner erwähnte er den echten Winterreißling, den weißen Tafelapfel, den gesammten Kardinal, Oberdicks Reinette und die Champagnerreinette, alles Sorten, die für den Rheingau sich eigneten. An Birnen seien als Hochbirnen der große Ragentopf, die Pastorenbirne, der trockene Martin und die Wiesenbirne zu empfehlen. Man solle Kirschenbäume pflanzen. Ratschläge für den Gemüsebau brachte Verwalter Schlegel. Er empfahl vor allem die Pfälzerfrüchte, Linsen, Erbsen und Bohnen. Im Jahre 1914 seien 70 000 Tonnen Erbsen in Deutschland eingeführt worden. Die Ausfuhr von Erbsen solle früh gechehen und etwas tiefer, damit die Tauben und andere Vögel nicht davon kösten. Die beste Sorte sei die Sagaxerbsen. Sie werde 30 Zentimeter hoch. Weiter empfahl er die Schnabelerbsen, die Markterbsen, von denen die besten Telefon hießen. Alle seien Keisererbsen. Weiter folgten Straucherbbsen, ebenfalls in mehreren Sorten. Er empfahl dann mehrere Sorten Bohnen, wie Prinzbohnen, die nach den Frühkartoffeln gepflanzt werden könnten, wobei man Weinbergspfähle nehmen könne. Er erwähnte noch Karotten, Gelbe Rüben, Zwiebeln, Schwarzwurzeln, Rosenkohl, Tomaten, Salat, Sonnenblumen, Kürbisse, Stachel, Johannis- und Himbeeren, alles wichtige Dinge für unser Volk. In der Aussprache traten noch einige neue Gesichtspunkte zutage. Der Herr Landrat erwähnte noch, daß der Kreis die Baumpflanzungen durch Belohnungen fördere.

→ Bingen, 19. Jan. In der vergangenen Woche wurde seitens der Schüler und Schülerinnen der Realschule und des Progymnasiums, der höheren Mädchenschule, des Instituts der Englischen Frauen und der Volksschulen tüchtig Gold gesammelt, das denn auch ein gutes Ergebnis hatte, denn es wurden wohl etwa 10—12 000 Mark gesammelt, von denen allein die Schüler der Realschule 6000 Mark aufgebracht haben. Ein schulfreier Tag ist die Belohnung.

→ Wiesbaden, 18. Jan. Am 15. wurde der Viehhändler Kassauer aus Wehen mittels fingierter Postkarte unter dem Vorwande eines Viehhändlers nach Sonnenberg gelockt. Im Walde hinter Sonnenberg schlug der Unbekannte den Händler nieder, würgte ihn und raubte ihm die Brieftasche mit einem Hinterlegungsschein der Nassauischen Landesbank über 3000 Mark und ca. 750 Mark, bestehend in der Hauptkassette in Hundertmarkstücken.

→ Mainz, 18. Jan. Fliegerunglück. Ein Doppeldecker kam gestern am späten Vormittag von Darmstadt und landete auf dem Großen Sand. Nach 1 Uhr sollte die Rückfahrt erfolgen, wobei aber der Rotor explodierte und das schon im Aufstieg befindliche Flugzeug in Brand setzte. Dieses führte mit beiden Insassen ab. Der als Beobachter fungierende Oberleutnant Schröder ist verbrannt, der Führer, Feldwebel Zimmerling, schwer verletzt.

→ Aus Rheinhessen. Zur Beurlaubung von Winger während der Monate Februar und März hat das Bezirkssekretariat der Christl. Weinbergarbeiter mit dem Sitz in Mainz, an das Kriegsministerium eine dringliche Eingabe gerichtet, die auch seitens der hess. Zentrumsfraktion unterstützt wird. Die Winger, die zu dreiviertel eingezogen sind, können für das in jenen Monaten vorzunehmende Schneiden der Weinberge nicht entbehrt werden, da diese Arbeiten überaus wichtig für den Weinbau sind und nur durch Sachverständige, nicht aber durch andere Hilfsarbeiter oder gar Gefangene vorgenommen werden können.

→ Schlächtern, 18. Jan. Ein junger Mann aus Steinau bei Schlächtern sprang, als der Zug an seinem Dorfe vorbeifuhr, aus dem Zuge. Der mit turnerischer Gewandtheit ausgeführte Sprung gelang ihm auch, aber er hatte sich noch nicht von den Schienengelenken entfernt, als im anderen Geleise der von Bebra kommende Berlin—Frankfurter Schnellzug herangebraust kam und ihn zermalmte.

→ Schlächtern, 18. Jan. An verschiedenen Orten des Kreises können die Metzger und Händler keine Schweine kaufen, weil sich die Metzger schlachttaugliche Tiere weigern, diese im Rahmen der Höchstpreise zu verkaufen. Der Landrat sieht sich infolgedessen veranlaßt, vor Ueberschreitungen der Höchstpreise durch Verkäufer und Käufer zu warnen. Im Ueberschreitungsfall wird jeder Fall der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht.

→ Flörsheim, 19. Jan. Der 33 Jahre alte Wehrmann Joh. Blich, von hier hatte im Westen durch einen feindlichen Flieger infolge Bombenwurfs den Tod gefunden und war mit einem gefallenen Wiesbadener Kameraden in ein gemeinsames Grab drüben in französischer Erde bestattet worden. Die wohlhabenden Eltern des Wiesbadener Kriegers wollten nun ihren Sohn in der Heimat beerdigen lassen. Da aber nach den gesetzlichen Bestimmungen die Exhumierung eines in einem gemeinschaftlichen Grabe ruhenden Soldaten nur dann erfolgen darf, wenn alle in demselben Grabe bestatteten Krieger gleichzeitig mit herausgenommen und überführt werden, so zögert die Wiesbadener Familie auch die gesamten Ausgrabungs- und Ueberführungskosten für unseren Flörsheimer Krieger. Dieser wurde heute unter Beteiligung der ganzen Gemeinde, der militärischen Vereine, der Jugendwehr und anderen Vereine auf dem hiesigen Friedhofe unter besonderen Feierlichkeiten beerdigt.

→ Werden die Eier billiger? Auf dem Eiermarkt in Wien kosteten die Eier Samstags nur elf Pfennig.

→ Den Gipsel der Vergeßlichkeit erreichte wohl ein Landwirt oder Viehhändler, der auf dem letzten Viehmarkt in Donaueschingen drei Stüd. Rindvieh stehen ließ, ohne bis jetzt seinen Verlust gewahrt zu werden. Die Stadt versteigert die Tiere, wenn sich der rechtmäßige Besitzer nicht innerhalb acht Tagen meldet.

→ Pflanz Kartoffeln! Der preussische Minister für Landwirtschaft und Forsten hat angeordnet, möglichst alle entbehrlichen Flächen an Arbeiter zum Anbau von Kartoffeln zu verpachten.

Bestrafte Lebenswucherer.

Das Schöffengericht zu Mainz bestraft in seiner letzten Sitzung die Butter- und Eierhändlerin Ehefrau Johann Sorg dort wegen Betrugs mit 100 Mk. Geldstrafe und Tragung der Kosten des Gerichtsverfahrens, weil sie den Butterhöchstpreis mit 5 Pfg. pro Pfund überschritten und außerdem das Gewicht der Halbpfundpakete der Butter nicht richtig gewahrt hatte. Nur ihre bisherige Unbescholtenheit rettete die Händlerin vor noch höherer Strafe. Der Staatsanwalt hatte 200 Mk. Strafe beantragt.

→ Frankfurt a. M., 18. Jan. Die Polizei hat dem Mitinhaber der Firma Wolfthal u. Schring, Hanauer Landstraße 21, Markus Wolfthal, Vattonstraße 30, wegen Wuchers mit Lebensmitteln jede mittelbare und unmittelbare Beteiligung am Handel mit Nahrungs- und Futtermitteln fortan verboten.

Verantwortlich: Adam Etienne, Westrich.

Aufforderung.

Diejenigen, die an die Unterzeichneten noch Zahlungen zu leisten haben und bereits gemahnt sind, werden ersucht, nunmehr die fälligen Beträge bis spätestens 10. Februar cr. an den Vorschuss-Verein E. G. m. b. H. zu Eltville abzuführen.

Erbach, den 19. Januar 1916.

Joh. Gg. Weis Erben.

Riehschule zu Biebrich a. Rh.

Realgymnasium mit Real- und Vorschule.

Anmeldungen für das neue Schuljahr nehme ich an allen Wochentagen zwischen 11 und 12 Uhr auf meinem Amtszimmer entgegen und bitte, diese tunlichst bis zum 31. ds. Mts. zu erledigen. Vorzulegen sind Geburts- und Impfscheine und eventl. das letzte Schulzeugnis.

Biebrich, den 20. Januar 1916.

Prof. Dr. Weimer, Direktor.

Weinbuch F

für Schankwirte, Lebensmittelhändler, Krämer und sonstige Kleinverkäufer von Wein, gebunden und ungebunden, liefert die Buchdruckerei des

Rheingauer Bürgerfreund, Oestrich u. Eltville.

Bin heute mit einem Transport junger, einspänner
Fahrochsen
eingetroffen.

Julius Ackermann,
Pferdehandlung,
Langen-Schwalbach.

Genehmigt für den Bereich der Preuss. Monarchie
Schlesische Lotterie
zu Gunsten d. Schles. Vereins f. Pferdezucht u. Pferdereuen
Ziehung am 9. Februar 1916 in Breslau
3 836 Gewinne im Gesamtwerte von
60 000 Mk.

Hauptgewinne:
15 000, 10 000 Mk.
Lose 1 Mk.
zu haben in dem
Verlag des „Rheingauer Bürgerfreund“.

Ein
Pferd
zu verkaufen.
Joh. Hilsbos, Mittelheim.

Piano's
eigener Arbeit mit Garantie.
Mod. 1 Studier-Piano 1,22cm h. 450.
2 Clavilla 1,25 „ 500.
3 Rhodania A 1,28 „ 570.
4 B 1,28 „ 600.
5 Moguntia A 1,30 „ 650.
6 B 1,30 „ 680.
7 Salon A 1,32 „ 720.
8 B 1,34 „ 750.
usw. auf Raten ohne Aufschlag
per Monat 15—20 Mk. Kasse 5%.
Wilh. Müller, Mainz.
Kgl. Span. Hof-Piano-Fabrik.
Sgr. 1843. Münsterstrasse 3.

Malschule
H. Bouffier, Kunstmaler
akademisch und staatlich
geprüfter Zeichenlehrer
Wiesbaden, Adolfsstr. 7.
Zeichnen Malen Modellieren
f. Herren, Damen u. Kinder.
Vorbereitung zum
einjährigen Künstlerexamen.
Glänzende Erfolge.
Anfertigung aller Art von
Zeichnungen und Malereien
im Auftrage.

Früh entleerte,
Halbstückfässer
zu kaufen geiz.
Joseph Armer,
Westrich.

Täglich frischen weichen
Käse
zu haben bei
Frau S. Reutershan,
Oestrich, Dillmannstr.

Knochenstroh
bestes Kraftfutter für Hüf-
und sonstiges Geflügel à 15
Pfg. hat ständig abzuge-
kaufe jedes Quantum Ans-
zu höchsten Tagespreisen.

Jean Hennemann
Winkel a. Rh., Kirchweg

Schiffs-Dienstbu
nach neuester Vorschrift
empfehlte die
Druckerei des Bürgerfreud
Oestrich.